

„Gerade die Engagierten gehen weg“

Deutschlands neue Auswanderungswelle

Kieler Nachrichten

28. 7. 2006

Berlin – „Wir müssen gerade unseren jungen Menschen besseren Perspektiven bieten“, sagt der Migrationsforscher Klaus J. Bade anlässlich ständig steigender Abwanderungszahlen. 145 000 Deutsche haben 2005 das Land verlassen, laut Bade ein anhaltender Trend.

INTERVIEW

Mit dem Migrationsforscher Klaus J. Bade sprach Sabine Lennartz

Noch nie seit den 1950er Jahren haben so viele Deutsche das Land verlassen. Warum?

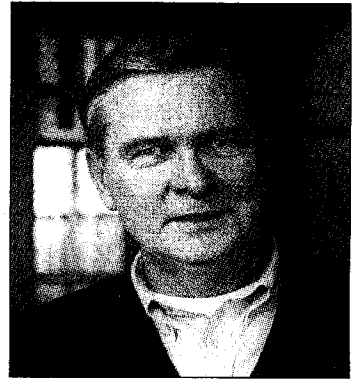
Wer einen unbefriedigenden Job hat, sucht im Ausland bessere Bedingungen. Wer arbeitslos ist oder es zu werden befürchtet, sucht eine Alternative, weil das soziale Netz nicht mehr so trägt wie früher. Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass es die Mobilen, die Engagierten, die Selbstbewussten und Risikobereiten sind, die gehen. Sie werden durch Zuwanderung aus dem Ausland nicht ersetzt.

Rechnen Sie damit, dass dieser Trend bestehen bleibt?

Ja, denn solche Bewegungen pflegen nach einigen Jahren eine Eigendynamik zu entfalten: durch positive Rückmeldungen aus dem Ausland, durch Migrationsnetzwerke, Kettenwanderungen und vor allem dadurch, dass das Thema ‚Auswanderung‘, das bislang nur eine historische Dimension hatte, als Option in den Köpfen der Bevölkerung angekommen ist. Ob freilich aus Fortzügen ins Ausland definitive ‚Auswanderung‘ wird, kann man immer erst später an den Wanderungsergebnissen ablesen.

Hat Auswanderung nur materielle Gründe?

Es gibt auch mentale Gründe: Über unserem Land liegt im Blick auf Arbeitsmarktentwicklung und Zukunftsperspektiven für junge Arbeitnehmer eine Art depressive Gesamtstimmung. Das macht gerade denen zu schaffen, die energiegeladener sind, Kraft zur



Klaus J. Bade ist Begründer des Osnabrücker interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung. Foto picture-alliance

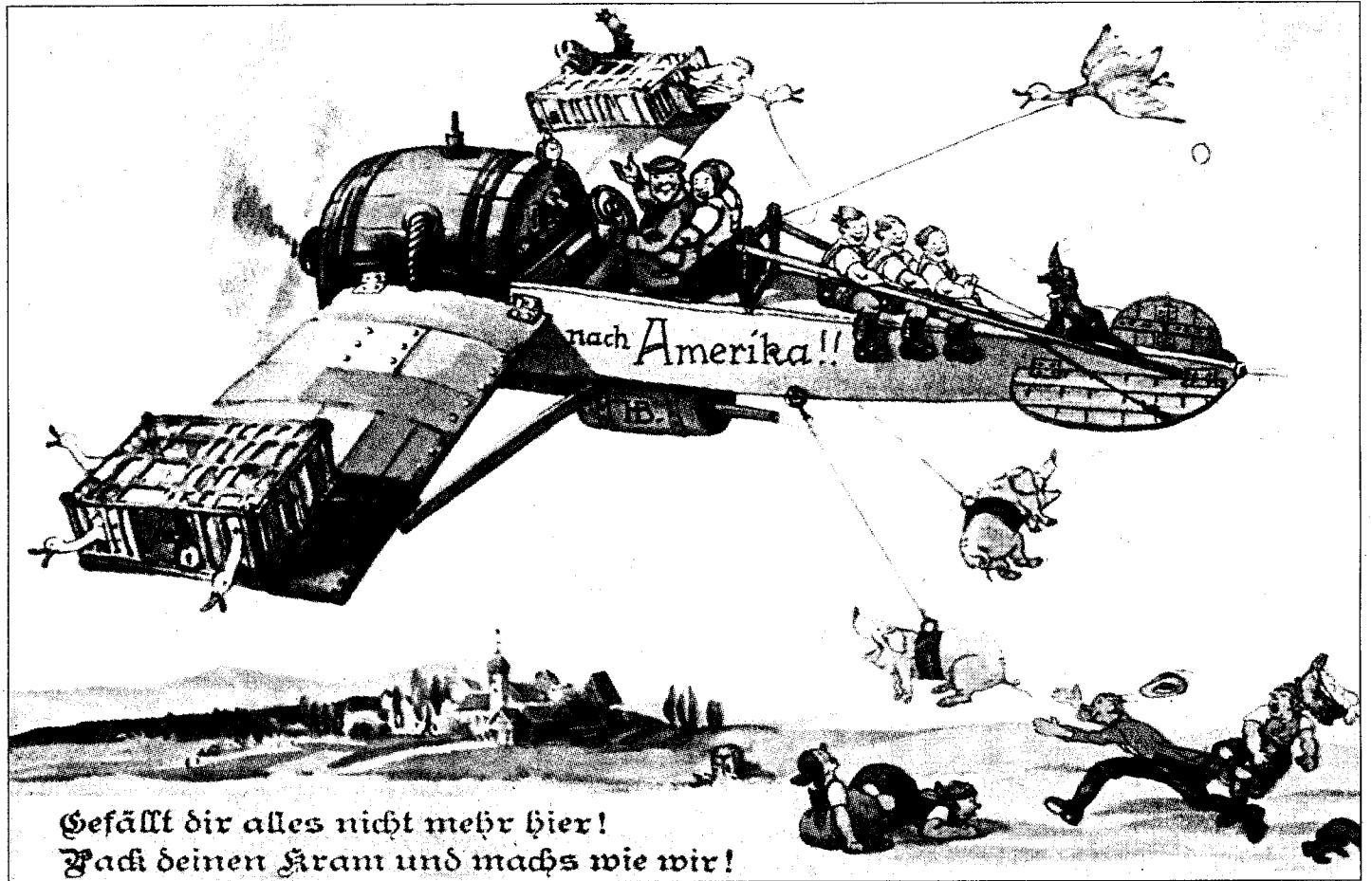
Selbstbestimmung in sich spüren und sich von einer Aufbruchsstimmung tragen lassen wollen, die in Deutschland immer weniger zu finden ist. Hinzu kommt, dass die Medien eher von erfolgreichen als von gescheiterten Auswanderungen berichten.

Geraten wir dadurch in eine bevölkerungspolitische Krise?

Nein, aber eine Zukunftsoption bricht weg: Wir haben mit mittelfristig anhaltenden jährlichen Zuwanderungsgewinnen von etwa 150 000 gerechnet. Das hätte die Folgen des demographischen Wandels für die Sozialsysteme etwas abfedern können, um Zeit zu gewinnen für den viel zu zögerlichen Umbau unserer Sozialsysteme. Diese Feder scheint jetzt zu brechen, womit der Reformdruck steigen könnte.

Was müssen wir ändern, damit die jungen Leute doch in Deutschland bleiben.

Man muss doch nur die Abwanderer und insbesondere diejenigen, die seit längerer Zeit im Ausland leben, fragen. Die Antworten klingen oft ähnlich: trotz vielfach härterer Anforderungen bessere Job- und Verdienstmöglichkeiten, leistungsorientiertere Bezahlung, mehr berufliche Entfaltungsmöglichkeiten, weniger bürokratische Hürdenläufe, insgesamt bessere Zukunftsaussichten, einfach mehr Perspektive und Flexibilität. Wir müssen gerade unseren jungen Menschen bessere Perspektiven bieten und in un-



Auswanderung hat Tradition: Mit dieser Karikatur wurde 1926 in Österreich geworben.

Foto TV-Yesterday

serem Land einen neuen Aufbruch aus dem Jammertal entfesseln. Dazu sind einige Befreiungsschläge nötig. Und wir müssen die bei uns im Land verkommenden Qualifikationsreserven wecken, auch in den Reihen der Zuwanderer.

Wie bekommen wir qualifizierte Zuwanderung?
 Deutschland muss attraktiver werden, das hält letztlich auch unsere eigenen Leute im Land. Spitzenkräfte von außen gehen nun einmal nicht ausgerechnet dorthin, wo Spitzen-

kräfte bereits abwandern. Wir müssen zugleich den Steuerungsbereich bei der Zuwanderung mit Bleibeabsicht ausdehnen, also jenseits der gesetzlich geschützten Zuwanderung von Familienmitgliedern, Juden und Spätaussied-

lern, die wir uns nicht aussuchen können. Der liegt zurzeit nur noch bei circa 20 Prozent, das ist definitiv viel zu wenig. Und wir brauchen flexible Steuerungssysteme im Interesse von Wirtschaft und Arbeitsmarkt.